

# Das Gegenmodell

In der Stunde der Krise zeigt sich aufs Neue, was Deutschland und Europa an Angela Merkel haben | Von Ursula Münch

PICTURE ALLIANCE/FLANSC



Schlaue Ente: Angela Merkel

Als der US-amerikanische Journalist Carl Bernstein, einer der beiden legendären *Washington Post*-Reporter der Watergate-Enthüllungen, der deutschen Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen Eigenschaften einer Ente bescheinigte, spielte er damit nicht auf Angela Merkels Entscheidung vom Oktober 2018 an, keine Wiederwahl anzustreben und damit womöglich zur *lame duck* zu werden. Vielmehr drückte Bernstein seine Bewunderung für den Umgang der Bundeskanzlerin mit einem schwierigen Partner aus: Merkel habe auf Donald Trumps Neigung zu „Telefon-Mobbing“ souverän reagiert: „So wie Wasser auf dem Rücken einer Ente, ließ sie es an sich abperlen.“

Wurde die stoische Ruhe der Bundeskanzlerin früher als „präsidentielles Zaudern“ gedeutet, das dem Amt einer Regierungschefin nicht angemessen sei, setzen derzeit offenbar alle Mitgliedstaaten der EU genau darauf: auf die Besonnenheit, die politische Erfahrung sowie das Verhandlungsgeschick der deutschen Kanzlerin. Natürlich liegt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bei der Bundesregierung im Gesamten, und sehr viele Akteure auf unterschiedlichen Ebenen werden in den kommenden sechs Monaten in höchstem Maß gefordert sein. Dennoch: Viele der sehr hohen Erwartungen an den deutschen Vorsitz im Rat der Europäischen Union richten sich an Angela Merkel.

Die Herausforderungen sind bekannt: Über den Corona-Wiederaufbauplan in Höhe von 750 Milliarden Euro ist längst noch nicht entschieden. Die existenziellen Sorgen vor allem der Südeuropäer müssen in einen Ausgleich zum Widerstand der „sparsamen Vier“ gebracht werden – und zwar zügig. Nicht nur Italien braucht schnelle Hilfe, um überhaupt eine Chance zu haben, die sich abzeichnende desaströse Pleitewelle abzuwenden. Die frühzeitige Positionierung der großen Koalition in Berlin zugunsten des Wiederaufbaufonds sorgt für die notwendige Transparenz. Hinzu kommt, dass es einer Kanzlerin, deren Widerstand gegen Eurobonds legendär ist, womöglich auch leichter fällt, glaubwürdig und angemessen auf die Befürchtungen der Gegner kreditfinan-

zierter Zuschüsse durch die Europäische Kommission einzugehen. Allein die Lösung dieser Aufgabe wäre schon ein ratspräsidentschaftsfüllendes Mammutprojekt.

Endgültig anspruchsvoll wird die Aufgabe dadurch, dass das Vorhaben höchstens dann gelingen wird, wenn dessen Kritiker sich auf etwas verlassen können: Die anderen europäischen Zukunftsaufgaben – etwa der Green New Deal, die europäische Solidarität nach dem Brexit sowie die gemeinsame Haltung gegenüber den Ambitionen Chinas – dürfen nicht nur auf eine vollmundige Ankündigungsliste gesetzt werden, sondern sind spürbar voranzubringen. Die Bundesrepublik muss

also auf der europäischen Bühne etwas leisten, was der schwarz-roten Koalition vor Corona nur selten gelungen ist: einen Bezug zum Alltag möglichst vieler Leute herzustellen. Bezogen auf die EU heißt das, es muss wieder sichtbar und spürbar werden, dass Europa tatsächlich „nützt

**PROF. DR. URSULA MÜNCH**  
ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und lehrt an der Universität der Bundeswehr München.

und schützt“. Noch schwieriger geht (hoffentlich) nicht.

Zu Beginn der Corona-Pandemie waren selbst die noch verbliebenen Anhänger der Europäischen Union zutiefst ernüchtert: Statt solidarischer Unterstützung für die europäischen Staaten, die die Pandemie am härtesten getroffen hatte, gab es Schlagbäume. Statt rechtzeitiger und gemeinsamer europäischer Krisenvorsorge traten die Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von Schutzausrüstung in Konkurrenz zueinander. Dass die meisten Beobachter gerade auch außerhalb Deutschlands trotz der gemachten Fehler und ungeachtet der widersprüchlichen grundsätzlichen Interessen der Mitglied-

staaten dennoch mit Zuversicht auf die deutsche Ratspräsidentschaft blicken, ist der Kanzlerin zu verdanken.

Man braucht ihre Fehler etwa im Umgang mit den europäischen Partnern in der Eurokrise und in der Migrationskrise nicht kleinzureden, um dennoch festzustellen: Deutschland hat seine „europäische Balance neu gefunden“ (Stefan Kornelius in der *Süddeutschen Zeitung*) – und das ist vor allem dem Regierungsstil seiner Kanzlerin und ihrer Maxime „Ich muss die Dinge verstanden haben, bevor ich entscheide“ zuzuschreiben. Die Erwartung unserer europäischen Partner, Deutschland solle während seiner EU-Ratspräsidentschaft vor allem die Rolle des „ehrlichen Maklers“ ausfüllen, deckt sich erwiesenermaßen mit Merkels Amtsverständnis. Gerade die Coronakrise führt der Welt vor Augen, dass populistisch veranlagte Amts- und Mandatsträger zwar gut darin sind, Finger in bestehende Wunden zu legen, die durch ökonomische, politische oder gesellschaftliche (Fehl-)Entwicklungen entstanden sind. Dieselben Politiker scheuen aber den Aufwand, diesen Problemen mehr entgegenzusetzen als nationalistische Parolen und die eigene Selbstüberschätzung.

Die deutsche Bundeskanzlerin verkörpert in jeder Hinsicht das Gegenmodell: Ihr wird nicht nur eine nützliche Enteneigenschaft zugeschrieben, sondern vor allem die Uneigennützigkeit, die das (europäische) multilaterale System so dringend benötigt und die einer populistischen Weltsicht diametral entgegensteht. Bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangslagen und damit der politischen Positionen: Nicht nur der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, sondern alle europäischen Mitgliedstaaten erwarten von der Ratspräsidentschaft, dass diese „deutsche Führung zugunsten aller Europäer nutzen“ wird. Ob sich das Vertrauen in die Person und Politikerin Merkel tatsächlich in die sachlich berechnete Zuversicht ummünzen lässt, dass die EU an Handlungsfähigkeit einerseits und Zustimmung der Bevölkerung andererseits gewinnen wird, bleibt offen. Die Chance ist da.

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

## Ihr und wir

Auf diese Idee ist noch keine Partei gekommen: eine Liebeserklärung in einen Geburtstagsglückwunsch zu verpacken, der einer Koalitionsaussage nahekommt. Mit „Liebe CDU, alles Gute zum Geburtstag!“ wurde ein Text von Annalena Baerbock und Robert Habeck überschrieben, veröffentlicht als offener Brief in der *FAZ*, der Zeitung, die (gefühl) in jedem CDU-Büro zur Pflichtlektüre gehört, und der über den Gratulanten mindestens so viel aussagt wie über den nun 75 Jahre alten Jubilar. Nicht um die „Zerstörung der CDU“ geht es, sondern um Gemeinsamkeiten. „So wie wir immer schon etwas wollten, seid Ihr immer schon etwas gewesen“, schreiben die beiden Grünen-Vorsitzenden, voller Bewunderung und Empathie – bis in die Anrede hinein. Nicht distanziertes „Sie“ und „Ihnen“, sondern vertrautes „Ihr“ und „Euch“. Die CDU als Vorbild: „Mehr als jede andere Partei in Deutschland schaut Ihr vor allem auf die Welt, wie sie ist, und weniger auf die Welt, wie sie sein könnte.“ Baerbock, wie erwähnt wurde, Jahrgang 1980, und Habeck, Jahrgang 1969, wurden nicht in Frankfurter Straßenkämpfen oder Sitzblockaden in Mutlangen politisch sozialisiert. Stattdessen: „In guten Zeiten war die CDU immer ein Garant für Stabilität und Verlässlichkeit.“ Sodann: „Und auch wenn uns diese Begriffe nicht so in die Wiege gelegt waren, haben wir ihren Wert für die Politik zu schätzen gelernt.“ Lob für den „klaren Kompass der CDU“, auch wenn „bei Euch“ einiges „zu kurz kam“. Immerhin: „Umso entschiedener konnten wir für mehr Reformtempo eintreten.“ Als Gemeinsamkeit erwähnen sie, dass im Namen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen das Wort „Partei“ nicht vorkommt. „Was Euch die Union ist, ist uns das Bündnis.“

Die Entwicklung der CDU zeichnen sie freundlich nach. „Ihr habt als katholisch dominierte, westdeutsche Männerpartei eine ostdeutsche Protestantin zur prägenden Figur einer Epoche werden lassen und dabei Grundfesten eurer politischen Orientierung erforscht. Genau das hat Euren Erfolg ausgemacht, während andere christdemokratische Parteien in Europa versunken sind.“ Und: „Große Ereignisse und Zeitenwenden verschieben die Koordinaten unseres politischen Handelns. In solchen Momenten ist der Tanker CDU beweglicher als manches Schnellboot.“ Ob die beiden mit der Hymne an eigene Interessen gedacht haben? Motto: Ran an den Speck der Nach-Merkel-CDU. Von der SPD sind ja kaum noch Wähler zu holen.

# Zoom-Diplomatie

Was wird aus den deutsch-russischen Beziehungen in der Coronakrise? | Von Dirk Wiese

Der Satz, dass die Pandemie alle und alles gleich macht, wurde viel zitiert und schon oft widerlegt. Je nach sozialer Lage, Beruf oder Herkunft sind Menschen sehr unterschiedlich stark betroffen. Der Bundestag hat gerade die Milliardenhilfen der Bundesregierung gebilligt. Die Pandemie galt zu Beginn als „Stunde der Nationalstaaten“ und „Stunde der Exekutive“. Es wird jetzt eine wesentliche Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein, eine starke europäische Antwort zu geben.

Europa ist mehr, und zu Europa gehört geografisch und historisch auch Russland. Begegnungen zwischen Deutschen und Russen sind aber bis heute stark eingeschränkt. Mit den Folgen habe ich mich in der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft des Gesprächsforums „Petersburger Dialog“, der zentralen Plattform für den deutsch-russischen Austausch, ausführlich befasst. Gemeinsam mit Michail Fedotow, dem ehemaligen Vorsitzenden des russischen Menschenrechtsrats, hatte ich als Koordinator

dieser Gruppe ins Sauerland eingeladen, um die Rechte von Gefängnisinsassen zu diskutieren. Doch seit Februar wurde im „Petersburger Dialog“ eine Veranstaltung nach der anderen abgesagt. Erst war es noch Vorsicht. Dann wurden die Grenzen geschlossen. Aber die Themen blieben, und sie wurden nicht weniger wichtig. Die Zivilgesellschaft ist in der deutsch-russischen Zusammenarbeit gewohnt, Hürden zu überwinden. Ergebnis mehrerer Videokonferenzen ist eine „Roadmap“, die den Weg durch die Coronakrise weist.

Die Pandemie stellt auch Menschenrechtsorganisationen vor ungewohnte Fragen. Plötzlich gelten weitreichende Beschränkungen, die, so heißt es im Dokument, „weit über das allgemein akzeptierte Gleichgewicht der Institutionen in einem demokratischen Rechtsstaat hinausgehen“. Dennoch waren sich deutsche und russische Vertreter einig: Es geht zunächst darum, alle Kräfte für den Kampf gegen die Pandemie zu mobilisieren und die Gesundheit aller Menschen zu schützen.

Hätte man sich vor einem halben Jahr vorstellen können, dass in Deutschland darüber diskutiert wird, ob man auf einer Parkbank ein Buch lesen darf, während in Russland Kritik an einer verfrühten Aufhebung von Ausgangssperren aufkommt? Dass die Zivilgesellschaft dem Staat bei Freiheitsbeschränkungen gar zur Seite springt, wenn radikale Kräfte ein „Abgleiten in eine Diktatur“ behaupten und so demokratische Entscheidungsprozesse in Frage stellen?

In der „Roadmap“ bezieht die Arbeitsgruppe des „Petersburger Dialogs“ selbst

**DIRK WIESE, MdB**  
ist Koordinator für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft

klar Position: Keinesfalls darf die Pandemie zu einer dauerhaften Einschränkung von demokratischen Rechten missbraucht werden. Unverändert werden vom Staat Transparenz und die Gewährung von Informations- und Pressefreiheit gefordert. Die Drohungen, die aus Tschetschenien gegen die russische Journalistin Jelena Milaschina geäußert wurden, werden ebenso verurteilt wie die Festnahmen anderer Journalisten und Blogger, die in Russland über die Pandemie berichteten.

Gleichzeitig stellen sich ganz neue Herausforderungen für die Menschenrechtsarbeit. Nicht überall ist es leicht, Abstandsgebote umzusetzen, etwa in überfüllten Gefängnissen. Risikogruppen müssen besonders geschützt werden. Der Einbruch der Wirtschaft bringt neue Bevölkerungsgruppen in Notlagen. Am stärksten trifft die materielle Not diejenigen, die ohnehin in ihren Möglichkeiten eingeschränkt sind, seien es Obdachlose, Opfer häuslicher Gewalt, Geflüchtete oder auch Bewohner von Kriegsgebieten. So ruft das Papier dringend

zum Frieden im Donbass auf, aber auch zur Stärkung des Gesundheitssektors.

Es gilt, die Regierungen in die Pflicht zu nehmen und die internationale Zusammenarbeit zu vertiefen, auch etwa mit der Weltgesundheitsorganisation – ganz im Gegensatz zu den Aussagen des gegenwärtigen US-Präsidenten. Die Zivilgesellschaft sieht sich aber auch selbst in der Pflicht, Bedürftigen zu helfen und sich auf die neue Lage einzustellen.

Dabei sind gerade gemeinnützige Organisationen auf Finanzierung angewiesen. Diese droht in Zeiten der Wirtschaftskrise einzubrechen. Gerade in der Krise zeigt sich, welchen Schaden Gesetze anrichten, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Finanzierung beschränken.

Die Pandemie unterstreicht die Botschaft, die wir im „Petersburger Dialog“ immer wieder betonen. Bei allen Unterschieden sitzen wir alle in einem Boot. Das Ziel für diese Reise gibt die „Roadmap“ vor: ein gemeinsamer, demokratischer und rechtsstaatlicher Raum in Europa.